



Antrag

—

Fraktion DIE LINKE

Housing First - Kommunen unterstützen bei Bekämpfung von Wohnungslosigkeit

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert:

1. ein Landesprogramm aufzustellen zur Förderung von Modellprojekten nach dem Housing-First-Konzept,
2. langfristig Wohnraum für alle Menschen im Land zu gewährleisten, mittels
 - a) einer Regelung für Sozialwohnungen, die nur an Wohnungslose vergeben werden, wofür die Mietwohnungsbauförder-Richtlinie kurzfristig anzupassen ist,
 - b) personellen Unterstützungsangeboten für betroffene Mieter und Träger der Wohnungslosenhilfe durch Sozialarbeiter, Hilfebusse, aufsuchende medizinische Versorgung sowie kommunale Fachstellen als Frühwarnsystem,
 - c) Stärkung der Genossenschaften und kommunalen Wohnungsbaugesellschaften als Hauptakteure sozialer Wohnraumangebote,
 - d) Erstellen einer Landesstatistik zu Wohnungslosigkeit bis zum Ende 2024, um die Situation betroffener Menschen einzuschätzen und beheben zu können.
3. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, Zwangsräumungen in die Wohnungslosigkeit gesetzlich auszuschließen.

Begründung

Am 11. September war der Tag der Wohnungslosen. Ebenfalls im September 2022 wurde erstmals eine seit vielen Jahren von sozialen Trägern geforderte bundesweite Wohnungslosenstudie veröffentlicht, in der auch vier Kommunen Sachsen-Anhalts untersucht wurden. Im Ergebnis ist die verdeckte Wohnungslosigkeit - besonders auch von jungen Frauen - auffällig. Auch hierzulande wird zunehmend medial vom sogenannten „Sofahopping“ und „schwierigen Zeiten für Obdachlose“ berichtet.

Die Landeshauptstadt Magdeburg hat zu Beginn dieses Jahres ein Projekt zu „Housing First“ gestartet, das bis 2024 wissenschaftlich von der Uni Magdeburg begleitet wird.

„Housing first“ ist ein Konzept aus den USA, was mittlerweile deutschlandweit in Kommunen erprobt wird. Es soll präventiv, niederschwellig, nachhaltig und schnell Menschen ein zu Hause geben, die nach Wohnungsverlust keine Chance auf dem regulären Wohnungsmarkt haben und die ordnungsrechtliche und temporäre Unterbringung in Obdachlosenheimen verhindert. Zumal diese Notunterkünfte - laut oben erwähnter Studie - zudem meist gescheut werden.

Der vergleichsweise entspannte Wohnungsmarkt in den meisten Gebieten des Landes muss eine Obdachlosigkeit ausschließen.

Zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit brauchen die Kommunen personelle und finanzielle Unterstützung, um solche Modellprojekte wie in Magdeburg tatsächlich auch umsetzen zu können. Hier soll ein Förderprogramm helfen, da die Bundesmittel des Wohnraumfördergesetzes im Land bisher kaum abgeflossen sind und an den Bund zurückgingen.

Die Landesregierung soll in Zusammenarbeit mit den verschiedenen Trägern das Konzept „Housing First“ etablieren, um langfristig Wohnraum für alle Menschen im Land zu gewährleisten.

Die Wohnungsbauförder-Richtlinie muss entsprechend kurzfristig angepasst werden. Genossenschaften und kommunalen Wohnungsbaugesellschaften als Hauptträger sozialer Wohnraumversorgung sind ebenso personell und finanziell für diese Aufgabe zu stärken.

Das Erstellen einer Landesstatistik zu Wohnungslosigkeit soll helfen, den konkreten Bedarf, die Situation und Probleme der betroffenen Menschen einzuschätzen und niederschwellig beheben zu können.

Eva von Angern
Fraktionsvorsitz